

Professor Dr. Klaus Wengst:

Theologie und Politik bei Karl Barth und Karl Ludwig Schmidt im Jahr 1933

Vortrag in der Evangelischen Stadtakademie Bochum am 04. Dezember 2012¹

„Deutschland 1933‘ ist eine Angelegenheit, die den Historikern einer spätern Zeit noch einmal unendlich viel zu reden geben wird, gerade weil uns Zeitgenossen augenblicklich in der Hauptsache nur das Schweigen übrig bleibt.“ Das schrieb Karl Barth in einem Brief am 7. Oktober 1933. In diesem Jahr waren er und Karl Ludwig Schmidt befreundete Kollegen in der Evangelisch-Theologischen Fakultät der Universität Bonn, die seit dem Beginn ihrer gemeinsamen Zeit in Bonn im Frühjahr 1930 im ständigen Austausch miteinander standen. Sie wohnten nur wenige Minuten voneinander entfernt, gingen zusammen den gut halbstündigen Fußweg am Rhein entlang zu ihren Vorlesungen, machten nach Möglichkeit am Samstagvormittag einen gemeinsamen Ausritt, telefonierte viel miteinander und schrieben sich Briefe, letzteres vor allem in den Semesterferien, wenn Barth in der Schweiz war. Sie hatten gemeinsame theologische Grundüberzeugungen, dabei aber doch ein je eigenes Profil, auch bedingt durch ihre unterschiedlichen Fächer.

Mit Gustav Hölscher im Alten, Karl Ludwig Schmidt im Neuen Testament, beide seit 1929 in Bonn, Karl Barth in der Systematischen Theologie und dem 1931 nach Bonn gekommenen Ernst Wolf in der Kirchengeschichte hatte die dortige Evangelisch-Theologische Fakultät für wenige Jahre ihre wahrscheinlich glanzvollste Zeit.² Lediglich in der Praktischen Theologie bot sie nach der gemeinsamen Einschätzung von Barth und Schmidt „das Loch im Westen“ – mit Emil Pfennigsdorf, der dann bei der Gleichschaltung „Fakultätsführer“ wurde. Aus konservativer Sicht war die Bonner Fakultät der frühen 1930er Jahre eine „rote Fakultät“. Nicht nur Barth und Schmidt, ihre bedeutendsten Professoren, waren Mitglieder der SPD, sondern auch der 1930 als Privatdozent aus der Schweiz gekommene und 1931 zum a.o. Professor gemachte Fritz Lieb. In einer Denkschrift über die Universität Bonn vom März 1933 werden Barth und Schmidt als „Sozialisten“ bezeichnet. „Für Barth ist Staatliches und Nationales vom Teufel. K. L. Schmidt ist völlig charakterlos, Pazifist.“³ Von daher war klar, dass Schmidt und Barth seit dem Machtantritt Hitlers in ihren Stellungen gefährdet waren.

Skizze der Lebensdaten Karl Ludwig Schmidts

An seinem letzten Tag in Bonn, am 3. November 1933, trug sich Karl Ludwig Schmidt in das *Album Professorum* seiner Fakultät ein. „Nur die großen Etappen“ gab er dabei an: „Geb. 5. II. 1891 in Frankfurt/Main als Sohn des Schuhmachers Anton Friedrich Schmidt. 1900–1909

¹ Veröffentlicht in: Bastian Hein, Manfred Kittel, Horst Möller (Hg), *Gesichter der Demokratie. Porträts zur deutschen Zeitgeschichte*, Institut für Zeitgeschichte München Berlin, Festschrift für Udo Wengst zu 65. Geburtstag, Oldenbourg Verlag, München 2012, S. 37 ff.

² Dass es damit in Bonn eine „neue“ Fakultät gab, zeigt nicht nur der Rückblick, sondern war auch den Beteiligten bewusst. Gustav Hölscher schreibt: „Wir vier Leute, ausser mir Schmidt, Barth und Wolf, bildeten nun die ‚neue‘ Fakultät“ (Aus meinem Leben [neue Folge], S. 554; den Einblick in diese handgeschriebenen Lebenserinnerungen verdanke ich seinem Enkel Lucian Hölscher, Bochum).

³ Zitiert nach Bizer, Ernst: *Zur Geschichte der Evangelisch-Theologischen Fakultät von 1919 bis 1945*, in: *Bonner Gelehrte. Beiträge zur Geschichte der Wissenschaft in Bonn*. Evangelische Theologie, Bonn 1968, S. 227–275, hier S. 254.

Lessing-Gymnasium in meiner Vaterstadt. 1909–1913 Student der alten Philologie und Theologie in Marburg und in Berlin. 1913 Lic. theol. 1913–1921 Assistent am Neutestamentlichen Seminar der Universität Berlin. Zwischendurch 1915/16 Soldat in Königsberg i. Pr., in Russisch-Polen schwer verwundet, im Lazarett in Küstrin; EK II. Kl. 1916 1. theol. Examen in Berlin; 1917/18 Stadtvikar in Berlin; 1918 Habilitation in Berlin. 1921–1925 o. Prof. in Gießen. 1925 Orientreise. 1925–1929 o. Prof. in Jena. 1929–1933 o. Prof. in Bonn. – 1918 verheiratet mit Ursula v. Wegnern, Tochter des Staatsministers Martin v. Wegnern, in Bückeburg, Nachkommen von Martin Luther. – 5 Kinder. – Seit 1924 Mitglied der SPD. Am 15. Sept. 1933 auf Grund von § 4 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums aus dem Staatsdienst entlassen.“ Schmidt emigrierte in die Schweiz. Seine Familie blieb vorerst in Deutschland. Die Kinder wurden bei befreundeten Familien untergebracht. Schmidt lebte zunächst fast mittellos als Gast in Schweizer Pfarrhäusern. Ab Mai 1934 bekleidete er eine befristete, schlecht bezahlte Pfarrverweserstelle in Zürich-Seebach. Im November 1934 konnte er eine besser ausgestattete Pfarrverweserstelle im Kanton St. Gallen antreten und seine Familie nachkommen lassen. Zum Wintersemester 1935/36 erhielt er eine Professur für Neues Testament an der Universität Basel. 1952 erlitt er einen Schlaganfall, von dem er sich nicht wieder erholte. Er starb am 10. Januar 1956.

Skizze der Lebensdaten Karl Barths

Karl Barth wurde am 10. Mai 1886 in Basel geboren. 1889 zog die Familie nach Bern, als der Vater Johann Friedrich Barth dort Professor für Kirchengeschichte wurde. In Bern besuchte Karl Barth von 1892–1904 die Schule und begann dort auch das Studium der Theologie. Im Herbst 1906 wechselte er nach Berlin und kehrte im Sommer 1907 für ein Semester nach Bern zurück, in dem er allerdings weniger studierte, als vielmehr das Verbindungsleben in der „Zofingia“ genoss. Anschließend ging er nach Tübingen, im Sommer 1908 nach Marburg, wo er Schüler Wilhelm Herrmanns wurde. Nach dem Examen im Herbst 1908 war er in Marburg für ein Jahr Mitarbeiter Martin Rades bei der Herausgabe der „Christlichen Welt“, der Zeitschrift des liberalen Protestantismus. 1909 wurde er Hilfsprediger in der deutschsprachigen Gemeinde in Genf und war anschließend von 1911–1921 Pfarrer in dem Industriedorf Safenwil im Aargau. Dort wurde er mit Problemen der Arbeiterschaft konfrontiert. 1915 trat er in die sozialdemokratische Partei ein. In dieser Zeit brach er mit der liberalen Theologie seiner Lehrer, nicht zuletzt ausgelöst durch deren nationale Begeisterung am Beginn des Ersten Weltkriegs. In der Auslegung des paulinischen Römerbriefes suchte er nach einer Theologie, die sich auf nichts als das biblisch bezeugte Wort Gottes gründet. Sein 1919 dazu veröffentlichtes Werk brachte ihm 1921 den Ruf auf eine Honorarprofessur für reformierte Theologie in Göttingen ein. Die völlig umgearbeitete zweite Auflage von 1922 machte ihn zu einem außerordentlich bekannten Theologen. 1925 übernahm er eine Professur für Systematische Theologie in Münster, 1930 in Bonn. Als er im November 1934 den verlangten Treueid auf den „Führer“ nur mit dem Zusatz: „soweit ich es als evangelischer Christ verantworten kann“ abzulegen bereit war, wurde er vom Dienst suspendiert und schließlich trotz erfolgreicher Berufung im Dienststrafverfahren am 22. Juni 1935 in den Ruhestand versetzt. Noch im selben Monat erfolgte die Berufung an die Universität Basel. Dort lehrte er bis zum Ende des Wintersemesters 1961/62. Er starb in der Nacht vom 9. auf den 10. Januar 1968.

Einem faschistischen Regime keinerlei Loyalität erweisen – Karl Ludwig Schmidt 1933

Bei der Wahl am 12. März 1933 kandidierte Karl Ludwig Schmidt auf der Liste der SPD für die Bonner Stadtverordnetenversammlung. Dass ein Theologe der SPD angehörte und auch noch Bereitschaft zeigte, sich für sie aktiv politisch zu betätigen, war im stark rechts-affinen protestantischen Milieu der Weimarer Zeit äußerst ungewöhnlich. Wie kam Schmidt dazu und wie hat er sich bis 1933 politisch verhalten?

In Berlin war er 1918 zunächst der DDP beigetreten, wandte sich aber schon im Frühjahr 1920 wieder von ihr ab. Durch den befreundeten Kollegen Paul Tillich kam er in den von diesem 1920 gegründeten Kairos-Kreis, einen Gesprächszirkel, in dem sich etwa ein Dutzend Intellektuelle trafen, Referate über den Sozialismus hielten und debattierten. Das Wirken im Berliner Kairos-Kreis fand für Schmidt in Gießen eine Fortsetzung im dortigen Republikanischen Lehrerbund. In einem Aufruf dieses Bundes vom Februar 1922, von Schmidt mit unterzeichnet, heißt es: „Wir stehen auf dem Boden der durch die Weimarer Verfassung geschaffenen demokratischen und sozial gerichteten Republik. [...] Wir wollen die heranwachsende Jugend zu sozialem Fühlen und Handeln, zu republikanischem Verantwortungsgefühl und zu demokratischer Achtung vor der freien Persönlichkeit und ihren Rechten erziehen.“ Die im Republikanischen Lehrerbund geknüpften Kontakte veranlassten Schmidt 1924 zum Eintritt in die SPD. In seiner Jenaer Zeit hatte er dann Auseinandersetzungen mit sozialdemokratischen „Freidenkern“. Seit Mitte 1927 zog er sich frustriert vom Parteileben zurück, trat aber nicht aus, weil er es für wichtig hielt, dass es an der Universität auch Sozialdemokraten gab. Sein wichtigstes Betätigungsfeld, auf dem er implizit und explizit auch politisch bzw. kirchenpolitisch wirkte, fand Schmidt in der Publizistik, genauer in der von ihm seit 1922 herausgegebenen Monatszeitschrift „Theologische Blätter“. Seine dabei aus kritischem Verantwortungsbewusstsein hervorgehende kompromisslose Haltung kann an seinem Umgang mit dem „Fall Dehn“ exemplifiziert werden.

Am 6. November 1928 hatte Günther Dehn, den Schmidt aus dem Berliner Kairos-Kreis kannte, in Magdeburg einen Vortrag über „Kirche und Völkerversöhnung“ gehalten. Aus seinem Widerspruch gegen die Parallelisierung des kriegerischen „Heldentodes“ mit dem christlichen Opfertod und der Infragestellung der Angemessenheit von Gefallenendenkmälern in Kirchen wurde der Vorwurf konstruiert, Dehn habe die Gefallenen „Mörder“ genannt. Als er Ende 1930 einen Ruf auf eine Professur in Heidelberg erhielt, wurde an diese Vorgänge agitatorisch erinnert, woraufhin sechs von sieben Fakultätsmitgliedern Dehn ihr Vertrauen entzogen und dieser den Ruf ablehnte. Im Februar 1931 erhielt er einen weiteren Ruf nach Halle. Schmidt notierte dies in den Theologischen Blättern mit einem knappen Rückblick auf die Heidelberger und Magdeburger Vorgänge und vermerkte wenig später Dehns Beurlaubung für das Sommersemester 1931. Als Dehn zum Wintersemester endlich seinen Dienst antreten wollte, kam es zu Drohungen der „Deutschen Studentenschaft“.

Schmidt und Barth setzten eine Solidaritätsadresse auf, der sich drei weitere Kollegen anschlossen. Dehn hielt seine Lehrveranstaltungen unter beträchtlichen Störungen. Ende 1931 gab er eine kleine Schrift mit seinem Magdeburger Vortrag und Dokumenten über die anschließenden Auseinandersetzungen heraus. Schmidt wies in den Theologischen Blättern im Januar 1932 auf diese Publikation hin und zitierte aus Dehns Nachwort: „Vielleicht ist das, was sich in Halle und Heidelberg ereignet hat, nur ein Vorspiel kommender Ereignisse, wo ein rein machtpolitisch orientierter Staat, der von seiner Verantwortung Gott gegenüber nichts

mehr weiß, von der Kirche entweder völligen Gehorsam verlangen oder sie für staatsgefährlich erklären wird. [...] Es ist ja einfach nicht wahr, daß diese fanatische, meinetwegen religiös gefärbte, tatsächlich aber von Gott gelöste Vaterlandsliebe dem Vaterland wirklich hilft. Im Gegenteil, sie wird das Vaterland ins Verderben führen“. Auch in mehreren weiteren Hefen des Jahres 1932 griff Schmidt den „Fall Dehn“ auf und verband ihn mit Kritik an den immer krasserem rechtsprotestantischen Auswüchsen. Dass das nationale Pathos in der christlichen Bürgerlichkeit kirchlich-theologisches Denken und Handeln völlig dominierte, darin erblickte Schmidt die entscheidende Gefahr, weil damit Kirche und Theologie verraten wurden. Dagegen wollte er theologisch und politisch angehen. Das bestimmte sein Handeln im Jahr 1933. An dieser Stelle lag auch, bei aller Übereinstimmung im Grundsätzlichen, der Unterschied zu Barth.

Am 12. März 1933 wurde Schmidt über den dritten Listenplatz der SPD in die Bonner Stadtverordnetenversammlung gewählt. Bis dahin hatte er nie bei einer Wahl kandidiert. Warum tat er es diesmal? In einem Brief an Martin Buber vom 23. Februar 1933 schrieb er: „Sie werden verstehen, daß ich mich mehr als je mit der leidigen Politik befasse. Ich kann mir nicht helfen: dieser ‚deutschen‘, dieser ‚nationalen‘ Regierung schäme ich mich als Deutscher und als evangelischer Christ. Während ich bis jetzt jeden Antrag der SPD, dieses oder jenes Mandat anzunehmen, abgelehnt habe, habe ich nun dieses Mal ein ganz bescheidenes Mandat angenommen: als mich vor wenigen Tagen die SPD-Leitung dringend bat, mich für die Stadtverordnetenwahl am 12. März aufstellen zu lassen, habe ich ja gesagt.“ Die Situation eines totalitär werdenden Staates unter einer zur Macht gekommenen rechten Regierung, mit der sich ein Großteil der nationalistisch verseuchten evangelischen Kirche verbunden fühlte, ließ es Schmidt geboten erscheinen, nicht nur theologisch zu arbeiten, sondern auch politisch zu handeln.

Als es aufgrund dieser Entscheidung zu Spannungen zwischen ihm und Barth kam, verteidigte sich Schmidt in einem Brief vom 24.–25. April: „Wir waren uns aber doch darin einig, daß man sich einer konkreten Aufgabe, die einem die eigene Partei in einer für sie besonders schweren Lage übertragen will, nicht ohne weiteres entziehen darf. Mein einziges ‚Pech‘ war, daß die Genossen an mich und nicht etwa an Sie dachten, obwohl ich mich ebensowenig wie Sie in Bonn jemals betätigt hatte.“

Diesen Verpflichtungscharakter unterstrich Schmidt, wenn er im selben Brief als Reaktion auf eine Bemerkung Barths über das „Parteibüchlein“ – eine Ausdrucksweise, die er Barths „Schweizer Idiom“ zugutehielt – schrieb: „Und dieses Parteibuch mit seinen Verpflichtungen der Vergangenheit und vor allem der Zukunft gegenüber ist, äußerlich gesehen, ein dünnes Büchlein, aber potentiell für uns gerade um der Kirche willen eine Sache von starkem Gewicht, das es nicht zuläßt, auch nur ein Minimum von Loyalität einem faschistischen Régime gegenüber zu betonen. Wir schulden Gehorsam der Obrigkeit gegenüber. Aber die Kirche kann und darf dem Faschismus in seiner unabirrbaren Zwangsläufigkeit das Prädikat der Obrigkeit nicht ohne weiteres zuerkennen.“

Der Zusammenhang der Verweigerung gegenüber einem totalitären Regime mit einer dezidiert kirchlich-theologischen Position tritt hier deutlich hervor. In einem Brief an Barth vom 4. Dezember 1933, schon aus der Schweiz nach Bonn geschickt, verstärkte Schmidt dessen Kritik an dem von Martin Niemöller gegründeten Pfarrernotbund. Trotz „aller Betonung von Lehre und Bekenntnis“ versteckte sich da eine Mitarbeit mit dem herrschenden System „hin-

ter, besser: in der üblichen reichsdeutschen nationalliberalen oder auch neukonservativen Bürgerlichkeit“. Er exemplifizierte das an der eigenen Erfahrung: „Konkret-persönlich gesprochen [...] ist es doch so: keiner von diesen Notbündlern denkt etwa daran, zu mir zu halten, der ich zwar Sozialist war und bin, aber damit keine kirchlichen Belange verraten habe [...]. Im Gegenteil: ‚man‘ wird sich in strengster ‚Vaterlandsliebe‘, besser: ‚Bürgerlichkeit‘ von mir distanzieren und sich mit den NSDAP- und sogar mit den DC-Leuten immer wieder solidarisch fühlen.“ Im selben Brief vermerkte Schmidt: „[...] Zu ‚Pazifismus‘, ‚Demokratie‘ und auch ‚Sozialismus‘ hat die Kirche Jesu Christi eine stärkere Affinität als zu ‚Militarismus‘, ‚Staatsomnipotenz‘ usw. Das Betonen solcher Affinität zu profanen Entsprechungen ist keine theologia naturalis, sondern ein Betonen der Kirche der Völker, aller Völker, ein Betonen der sichtbaren Kirche als des corpus Christi, des fleischgewordenen Gotteswortes.“⁴

Schmidts Bereitschaft, politisch aktiv zu werden, lag auch darin begründet, dass er glaubte, dem totalitären Staat gegenüber sei auch nicht die Spur von Loyalität erlaubt. Barth dagegen halte – so Schmidt in einem Brief vom 20. April – „offenbar das, was jetzt bei uns geschieht, für ein Hagelwetter, in das man nicht gerade hineinrennen soll. [...] M.E. ist schon recht viel, was gar nicht mehr gut zu machen ist, gründlich verhagelt worden.“ Schmidt warf Barth in einem Brief vom 15. April vor, „dass Sie [...] gegenüber dem neuen Kurs etwas verharmlosen, was nie und nimmer eine Verharmlosung verträgt, nämlich den Faschismus“. Für sich selbst stellte er im Brief vom 24.–25. April kategorisch fest: „Eine Loyalitätserklärung auch nur bescheidensten Ausmaßes kann ich einem faschistischen Régime gegenüber nicht geben.“ Im letzten Brief Schmidts an Barth aus dem Jahr 1933 vom 28. Dezember griff er diese Thematik noch einmal im Widerspruch gegen die von Barth gemachte Aussage auf: „Ich widerstehe einer heute beim Nationalsozialismus ihre Zuflucht suchenden Theologie, nicht der nationalsozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung.“⁵ Schmidt wandte sich vehement gegen die verneinte Aussage: „Dieser Ihr Satz ist m.E. theologisch und d.h. kirchlich falsch und als von einem Mitglied der SPD, aus der ja gerade Sie in eigener Weise nicht ausgetreten sind, gesprochen peinlich. Ein Theologe qua Beauftragter der Kirche Jesu Christi [...] kann und darf nicht sagen, daß er der ‚nationalsozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung nicht widerstehe‘. Der ganz eindeutige, durch keine Dialektik aufzuhebende Grund für die Falschheit Ihres genannten Satzes und Ihrer im Bereich der großen ‚Gleichschaltung‘ abrutschenden Haltung liegt darin, dass es [...] zum Wesen der ‚nationalsozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung‘ gehört hat und weiter gehört, dass sie nur eine solche Theologie und Kirche kennt, die eben bei ihr ‚ihre Zuflucht sucht‘.“ Deshalb war für Schmidt gerade auch *politischer* Widerstand gegen den Faschismus *theologisch* geboten.⁶

Die im ersten Drittel des Jahres 1933 gemachten Erfahrungen und die dabei gewonnenen Einsichten brachten Schmidt schon im April dazu, eine Bekenntniskirche und die Einrichtung

⁴ Angesichts dieser Selbstaussagen scheint das Urteil Andreas Mühlings, Schmidt sei „politisch stets ein Liberaler“ gewesen, der „auch in der SPD seine liberalen Grundüberzeugungen nicht auf[gab]“, nicht ganz zutreffend. Angemessener ist Schmidt politisch wohl als liberaler Sozialdemokrat zu bezeichnen. Vgl. Mühling, Andreas: Karl Ludwig Schmidt. „Und Wissenschaft ist Leben“, Berlin und New York 1997, S. 31.

⁵ Barth, Karl: Die Kirche Jesu Christi. Theologische Existenz heute 5, München 1933, S. 8.

⁶ Auf diesen Brief Schmidts gibt es keine unmittelbare schriftliche Antwort Barths. Sie haben sich kurz danach getroffen und sind ohne Übereinstimmung auseinander gegangen, woran Barth im Brief vom 3. Februar 1934 an Schmidt erinnert. Für ihn hatte der Widerstand gegen Hitler die Gestalt des Widerstands gegen die Deutschen Christen, wie er rückblickend in einem Brief an Schmidt vom 3. Juli 1943 ausführte. Es bleibt allerdings die Frage, warum er ausdrücklich formulieren musste, „nicht der nationalsozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung“ zu widerstehen.

kirchlicher Fakultäten ins Auge zu fassen. Aus einer Kirche, „deren ‚Bekenntnis‘ nur das Volkstum ist“, schrieb er am 24.–25. April an Barth, müsse man „austreten, womit man dann dem Faschismus in sehr eindeutiger Weise den Kampf ansagt, obwohl er das Régime übernommen hat. Ich hoffe von Herzen, dass Sie und ich uns trotz unsres notorischen Dissensus demnächst unterhalten über die jetzt akute Frage der Bekenntniskirche, von der aus allein noch eine Möglichkeit besteht, der drohenden Gleichschaltung und dem omnipotenten Staat etwas Wirkliches und Wirksames entgegenzusetzen. [...] Solange es für mich in Deutschland Tag ist, werde ich hier nach Kräften mitarbeiten. Ich sehe mit Entsetzen, wessen die Deutschen fähig sind.“ Gegen Ende dieses Briefes sieht er sich „bestätigt in meinem alten Plan, um der recht verstandenen Freiheit der Theologie willen, die nun vom alles fressenden Staat bedroht ist, kirchliche Fakultäten einzurichten“.

Mit der Wahl in die Bonner Stadtverordnetenversammlung wurde Schmidt sofort zur Zielscheibe heftiger Angriffe, vor allem vonseiten der Deutschen Christen. Das sei an zwei Beispielen verdeutlicht. Während Schmidt an Examensprüfungen in Koblenz teilnahm, schickte die nationalsozialistisch geleitete Fachschaft ihren Vorsitzenden zu ihm mit der Aufforderung, sein Mandat niederzulegen, da es eine „Provokation der breiten kirchlichen Öffentlichkeit“ darstelle. Für die niederrheinische Predigerkonferenz hatte Schmidt einen Vortrag zugesagt über das Thema: „Das Wort und die Wörter in der Bibel“. NSDAP-Pfarrer drohten im Vorfeld, ihn nicht reden zu lassen, woraufhin der Vorstand die Veranstaltung absagte. Das gewonnene Stadtverordnetenmandat erwies sich alsbald als perspektivlos. Die neuen Machthaber dachten nicht daran, sich an parlamentarische Regeln zu halten. Durch Ausschluss von relevanter Ausschussarbeit wurden SPD-Stadtverordnete von der politischen Mitarbeit faktisch ferngehalten, woraufhin Schmidt sein Mandat am 21. April niederlegte.

Im März und April 1933 rechneten sowohl Schmidt als auch Barth mit ihrer Entlassung.⁷ In dieser Situation versuchte Schmidt, ein gemeinsames Vorgehen von Professoren, die der SPD angehörten, zu erreichen. In einem Brief vom 26. März teilte er Barth mit, dass er sich mit Tillich „in dem schönen Weinnest Aßmannshausen“ getroffen habe. „Er vertritt die These, daß unsereiner um seines Professorenberufs willen doch wohl die SPD aufgeben müsse. U.a. begründete er das damit, daß die SPD-Leitung selbst das wünsche!!!“ Schmidt bezeichnete das als „nicht maßgebend“. „Bei den anderen ‚Betroffenen‘ herrscht offenbar eine richtige Panik-Stimmung.“ Im selben Brief hielt er es für „gut, wenn noch vor Ostern eine Zusammenkunft der Betroffenen wäre, am besten in Frankfurt/Main. Da dürfen Sie nicht fehlen.“ Zwei Tage später schrieb er an Barth aus Jena und schilderte die dortige Situation: „In Thüringen darf kein Beamter der SPD angehören. Daraufhin hat die Thüringer SPD die Genossen an der Universität Jena – ausgeschlossen. Die Genossen von der sog. universitas litterarum fügen sich. Nur der Ordinarius für Statistik Hemsberg macht das nicht mit. Ich besuche den Mann heute nachmittag.“ Anschließend war Schmidt in Halle, danach in Berlin. Von dort fasste er an Barth am 10. April die „Summa“ seiner Gespräche zusammen: „[...] die allgemeine Lage ist so eindeutig, daß die besondere Lage für unsereiner automatisch eindeutig ist.“ An ein Treffen der „Betroffenen“ vor Ostern war offenbar nicht mehr zu denken. So wollte Schmidt wenigstens mit Barth für Bonn eine Übereinkunft erreichen.

⁷ Nach den Lebenserinnerungen Hölschers rechnete Schmidt auch mit seiner Festnahme: „Im März 1933 ist er für eine Reihe von Tagen, als die Polizei ihn in seiner Wohnung mehrfach festzunehmen suchte, zu mir gegangen und hat sich da verborgen gehalten; am 15/16 März schrieb er ins Gästebuch ‚Sicher vor Nachstellungen in Bonn‘“ (Aus meinem Leben [neue Folge], S. 661).

Zu diesem Zeitpunkt wusste er noch nicht, dass Barth bereits Anfang April im Blick auf seine Person einen genialen Alleingang unternommen hatte mit einem noch genauer zu besprechenden Brief an den NS-Kultusminister, Bernhard Rust. Davon erfuhr Schmidt wenig später in Berlin durch seinen Lehrer Deissmann, der Verbindungen zum Ministerium hatte und von einer wahrscheinlich positiven Antwort auf Barths Brief zu berichten wusste. Kurz danach bekam Schmidt von Barth auch eine Kopie des Briefes an den Minister. Es scheint ihm erst allmählich klar geworden zu sein, dass sich ein gemeinsames Vorgehen durch Barths Brief erledigt hatte. So äußerte er sich am 10. April gegenüber Barth: „Ich schrieb Ihnen schon einige Male, daß ich gerne mit Ihnen einen gemeinsamen modus procedendi überlegen möchte. Durch Ihren Brief an den kommissarischen Kultusminister Rust, den Sie für sich allein in eigener Sache geschrieben haben, ist diese Gemeinsamkeit zum mindesten in Frage gestellt. Sie betonen Rust gegenüber, daß Sie sich an den politischen Kämpfen nicht beteiligt hätten. Da ich das in bestimmten Zusammenhängen, wenn die SPD oder ein ähnlicher Verband mir eine Aufgabe übertrug, getan habe [...], bin ich durch ein solches Diktum Ihrerseits ganz ordentlich – abgeseilt.“ Schmidt fühlte die von ihm für selbstverständlich gehaltene Solidarität durch Barth verletzt.

Barths Antwort vom 18. April konnte Schmidt nicht überzeugen. Barth behauptete, er habe Schmidt gar nicht „abseilen“ können, weil sie je auf einen anderen Berg gestiegen, also gar nicht zusammengeseilt gewesen seien. Das war angesichts der gemeinsamen SPD-Mitgliedschaft und der damit gegebenen gemeinsamen Bedrohung an derselben Fakultät wenig überzeugend. Schmidt betonte in seinen Briefen an Barth vom 20. und 24.–25. April die Selbstverständlichkeit der Solidarität, meinte aber schließlich, es käme ihm „nicht darauf an, Sie auch nur von ferne um eine Aktion der Solidarität zu bitten. Das ist vorbei. Gegenüber einem Einspänner, dessen besondere Kraft zu verkennen mir nicht einfällt, muß ich mich darauf beschränken, meinen Widerspruch zu den Akten zu geben.“

Schmidt hatte die Größe, im weiteren Verlauf des Jahres die außerordentliche Bedeutung Barths für den Widerstand in der Kirche zu bemerken und anzuerkennen. Am 10. Oktober schrieb er ihm: „Sie wissen ja, daß ich in puncto Solidarität immer etwas anderer Meinung war als Sie. Aber ich sehe nun doch ein, daß es seinen rechten Sinn hat, wenn Sie ausharren, so lange es eben geht.“ Und am 4. Dezember merkte er an: „Jeder Tag, den Sie noch in Deutschland sind, ist ein Gewinn für Theologie und Kirche und letztlich auch das deutsche Volk“. Im Zusammenhang mit dem Solidaritätsproblem sei noch angefügt, dass Schmidt im Brief vom 24.–25. April eine wichtige Frage stellte, die nicht beantwortet wurde: „Im übrigen aber sollten wir Universitätsprofessoren uns aber allen Ernstes überlegen, ob wir uns nicht mit den jüdischen Kollegen, die nun als Juden abgesetzt werden, solidarisch erklären müssen.“

Die fortgesetzten Attacken gegen Schmidt führten dazu, dass er am 29. April in einem Telegramm um Beurlaubung für das Sommersemester bat, die noch am selben Tag genehmigt wurde. Er hoffte, dadurch aus der Schusslinie zu kommen und im Wintersemester wieder lehren zu können. Die Beurlaubung sollte offiziell der wissenschaftlichen Arbeit dienen. An sie hat er sich allerdings nicht begeben. In Köln hatte er „einige Sitzungen zusammen mit SPD-Genossen und Gewerkschaftlern“. Dann reiste er in politischer Aktivität „fünf Wochen lang in Deutschland herum“ und nahm dabei in Berlin „an einer geheimen Zusammenkunft der religiösen Sozialisten“ teil.⁸ Gegenüber dem wohl wiederholten Rat Barths, einfach theologisch

⁸ Daran erinnert Schmidt in einem Brief an Barth vom 13.7.1943.

zu arbeiten, hatte er diesem bereits am 12. Februar geschrieben, was offenbar für ihn jetzt umso mehr galt: „Ist es nicht so, dass man wirklich nicht recht arbeiten, ich meine: in äußerer und innerer Ruhe arbeiten kann, wenn vorm Haus Leute stehen, die Bomben aufs Dach werfen?“

Eine weitere tiefe Enttäuschung hinsichtlich verweigerter Solidarität musste Schmidt Mitte Juni erleben. Am 15. Juni nahm er in einer Fakultätssitzung Stellung zu den – so das Sitzungsprotokoll – „über ihn verbreiteten Gerüchten und gegen ihn erhobene Vorwürfe“. Anschließend verließ er als Beurlaubter das Sitzungszimmer. Ein von Wolf eingebrachter Antrag intendierte das einmütige Votum der Fakultät zur derzeitigen Zusammensetzung ihrer Dozentenchaft, wobei die Zugehörigkeit von Karl Ludwig Schmidt ausdrücklich erwähnt und die gegen ihn erhobenen Vorwürfe als haltlos zurückgewiesen wurden. Die Aussprache über diesen Antrag muss gezeigt haben, dass er keine Mehrheit finden würde, sodass es nicht einmal zu einer Abstimmung kam.⁹ Noch einmal bitter war für Schmidt, dass er anschließend auch von der Rheinischen Kirche faktisch fallen gelassen wurde, als ihm mit Schreiben vom 30. Juni förmlich mitgeteilt wurde, seine Beteiligung am zweiten theologischen Examen erscheine „untunlich“.

Anfang August 1933 wurden alle Beamten aufgefordert, binnen drei Tagen zu erklären, dass sie alle „Beziehungen zur landesverräterischen SPD und ihren Hilfs- und Ersatzorganisationen“ gelöst hätten. Schmidt kam dem mit der Erklärung nach: „Ich habe jegliche Beziehungen zur SPD und ihren Hilfs- und Ersatzorganisationen gelöst.“ Aber das konnte ihn nicht mehr vor der Entlassung bewahren. Von ihr erfuhr er am 21. September durch einen Telefonanruf seiner Frau, als er sich bei seiner Schwester in Frankfurt aufhielt. Er war darauf eingestellt. Drei Tage später berichtete er Barth: „Meine Bücher und Zeitschriften und Akten sind tadellos geordnet. Wochenlang ist daran mit Hilfe von Freunden gearbeitet worden. Sie würden staunen über den Erfolg“. Im Brief vom 10. Oktober an Barth rühmte er die Hilfe, die seiner Familie zuteil wurde: „Die Leute, die nicht von der Zunft der Redenden und Schreibenden sind, helfen einem in rührender Weise, auch wenn sie selbst in ganz anderer Not sitzen als unsereiner. Gestern brachte die SPD-Frau Seifert ein respektables Pilzgericht. Und heute dasselbe ein KPD-Mann – der Mann unserer früheren Aufwartefrau.“

Sich als Mann der Kirche bewähren – Karl Barth 1933

Nachdem Karl Barth als Pfarrer in Safenwil von 1915 bis zu seiner Übersiedlung nach Deutschland 1921 Mitglied der Schweizer sozialdemokratischen Partei gewesen war, trat er der SPD erst in Bonn am 1. Mai 1931 bei – aus Protest gegen den sich immer stärker zeigenden

⁹ Vgl. zu diesen Vorgängen neben dem Sitzungsprotokoll Mühling, Andreas: Karl Ludwig Schmidt. „Und Wissenschaft ist Leben“, Berlin und New York 1997, S. 152-156 und 162-163, und Faulenbach, Heiner: Heinrich Josef Oberheids theologisches Examen im Jahr 1932 und das Geschick seines Prüfers Karl Ludwig Schmidt im Jahr 1933, in: Gutheil, Jörn-Erik und Zoske, Sabine (Hg.): „Daß unsere Augen aufgetan werden ...“ Festschrift Hermann Dembowski, Frankfurt a.M. u.a. 1989, S. 57-97, hier S. 79-81. Die Aussage Faulenbachs, nur Wolf sei laut Protokollbuch für Schmidt eingetreten (Anm. 80 auf S. 95), von Mühling auf S. 155 wiederholt, ist aus dem Protokollbuch, das lediglich das Faktum der Aussprache vermerkt, nicht zu belegen. Was sich im Einzelnen abgespielt hat, lässt sich nicht rekonstruieren. Es ist aber vorauszusetzen, dass Barth und Hölscher mit Wolf am selben Strang zogen. Denn in einem bitteren Brief an Schmidt-Japing vom 30.9.1933 nannte Schmidt selbst Barth, Hölscher und Wolf als seine Unterstützer in dieser Sache und auf der anderen Seite Pfennigsdorf, Weber, Goeters, Horst und den Adressaten des Briefes (abgedruckt bei Mühling, S. 162f.). Damit sind alle Personen genannt, die laut Protokoll bei der Fakultätssitzung am 15. Juni anwesend waren.

den politischen Ungeist. In einem Brief an Paul Tillich vom 2. April 1933 begründete er diesen Eintritt. Negativ hielt er fest: „Die Zugehörigkeit zur S.P.D. bedeutet für mich nicht das Bekenntnis zur Idee und Weltanschauung des Sozialismus.“ Positiv stellte er heraus: „Die Zugehörigkeit zur S.P.D. bedeutet für mich schlechterdings eine praktische politische Entscheidung. Vor die verschiedenen Möglichkeiten gestellt, die der Mensch in dieser Hinsicht hat, halte ich es rebus hic et nunc sic stantibus für richtig, die Partei 1. der Arbeiterklasse, 2. der Demokratie, 3. des Nicht-Militarismus und 4. einer bewußten, aber verständigen Bejahung des deutschen Volkes und Staates zu ergreifen. Diese Erfordernisse einer gesunden Politik sehe ich in der S.P.D und nur in ihr erfüllt. Und weil ich die Verantwortung für die Existenz dieser Partei nicht Anderen überlassen, sondern selber mitübernehmen will, darum bin ich ihr Mitglied. Ich könnte diese Entscheidung grundsätzlich auch in noch aktiveren Formen betätigen. Bis jetzt meinte ich, dazu weder das Zeug noch die Zeit noch den Ruf zu haben, und ich vermute bestimmt, daß es auch in Zukunft dabei bleiben wird. Ich könnte mich freilich auch nicht darauf festlegen, daß es durchaus dabei bleiben muß.“

Obwohl Barth die politische Situation schon 1931 als bedrohlich einschätzte, schickte er unmittelbar nach der „Machtergreifung“ beruhigende Statements in die Schweiz. So meinte er am Abend des 30. Januar, Hitler „würde, wenn er mehr Verstand hätte, heute Nacht gewiß sehr unruhig schlafen. [...] Seid jedenfalls auch in dieser Hinsicht unsertwegen ruhig und unbesorgt. Die Nazis werden mir nichts tun.“ Diese Einschätzung änderte sich sehr bald. Dem Generalsuperintendenten Otto Dibelius, der die Predigt im Gottesdienst zur Eröffnung des Reichstags in Potsdam halten sollte, wies er in einem Brief vom 17. März „im Namen der heute mundtot Gemachten“ auf eine Situation hin, die „eindeutig unter dem Aspekt von Gewaltherrschaft und Unterdrückung steht“. Nach ihm befand sich, wie er in weiteren Briefen bemerkte, Deutschland „jetzt in einem Fiebertraum“. Er sprach vom „völligen Irrsinn der politischen Verhältnisse in Deutschland“, sah „eine Clique von offenkundig Wahnsinnigen am Regimente“, klagte über das notorische Schweigen der Kirche „zu all den Brutalitäten, Kindeereien und Geistlosigkeiten, deren Geschehen wir doch wirklich ohne Unterschied der Partei-brille jeden Tag jetzt konstatieren müssen“, fragte: „Rechtsstaat‘, ‚Menschenwürde‘, ‚Gedankenfreiheit‘, ‚Post- und Telephongeheimnis‘, Möglichkeit eines aufrichtigen Wortes vor Unbekannten – du liebe Zeit, wo ist das Alles hingekommen?“

Während seines Aufenthalts in der Schweiz in den Semesterferien packte Barth sozusagen den Stier bei den Hörnern und schrieb, wie bereits erwähnt, am 2. April in eigener Sache offensiv an den kommissarischen preußischen Kultusminister, Bernhard Rust. Unter Hinweis auf Nachrichten über die Verhaftung von Universitätsrektoren fragte er, „ob es der Absicht der Regierung entsprechen möchte, wenn ich meine Arbeit in Bonn zu Beginn des Sommersemesters wie gewohnt aufnehme und fortsetze“. Er bekannte offen: „Ich gehöre aus praktisch-politischen Gründen der Sozialdemokratischen Partei an.“ Er fügte hinzu: „Mit meiner Lehrtätigkeit hat dies insofern nichts zu tun, als diese allein durch das Bekenntnis der evangelischen Kirche bestimmt und gebunden ist“ und versicherte, „daß ich meinen theologischen Auftrag von jetzt an ebensowenig zur Bekämpfung des neuen politischen Systems wie bisher zur Unterstützung des alten mißbrauchen würde“. Darüber hinaus gab er die hintergründig-ironische Loyalitätsbekundung ab, „daß ich der neuen Staatsform gegenüber auch als Bürger dieselbe Loyalität bewähren würde, die ich während der 12 Jahre, die ich an preußischen Universitäten zugebracht habe, meine politisch rechtsstehenden Kollegen der bisherigen Staats-

form gegenüber bewähren sah.“ Schließlich beteuerte er: „Ich könnte aber auch eine Aufforderung zum Austritt aus der S.P.D. als Bedingung der Fortsetzung meiner Lehrtätigkeit nicht annehmen, weil ich von der Verleugnung meiner politischen Gesinnung bzw. von der Unterlassung ihrer offenen Kenntlichmachung, die dieser Schritt bedeuten würde, weder für meine Zuhörer, noch für die Kirche, noch auch für das deutsche Volk etwas Gutes erwarten könnte.“ In der Antwort des Ministeriums vom 24. April wurde Barth beschieden, der Minister beabsichtige nicht, „die Vertreter der einen oder andern Richtung in ihrer Lehrtätigkeit in irgend einer Weise“ zu beschränken. Auf diesen Briefwechsel konnte Barth verweisen, als im August die Beamten aufgefordert wurden, sich von der „landesverräterischen SPD“ loszusagen. Obwohl sein Verbleib auf dem Bonner Lehrstuhl so etwas abgesichert war, machte sich Barth keine Illusionen darüber, dass seine Existenz gefährdet blieb. Seine Devise lautete, „dass wir uns bei aller politischen Erregung [...] als Männer der Kirche betätigen und bewähren. Die Nazis müssen unzweideutig im Unrecht sein, wenn sie uns aus politischen Gründen an den Kragen gehen“.¹⁰ Er wollte „nur solange in Bonn bleiben, als ich meine dortige Tätigkeit ohne alle und jede Gleichschaltung für sinnvoll halten kann“.¹¹ In dem Schreiben an Georg Merz, aus dem dieses Zitat stammt, ließ Barth einen deutlichen Unterschied zu Karl Ludwig Schmidt erkennen. Er betonte, er werde sich „nicht dem neuen politischen System – wohl aber dem System einer besonderen sachlichen Bindung der Kirche an dieses System direkt und indirekt bestimmt widersetzen“. Im Blick auf die Ende Juni erfolgte Einsetzung August Jägers als Staatskommissar für die evangelische Kirche Preußens stellte er in einem weiteren Brief an Minister Rust vom 1. Juli fest: „[...] die Staatsregierung hat sich eine bestimmte Theologie, nämlich die der sog. ‚Deutschen Christen‘ zu eigen gemacht. Wenn dem so ist, so ist von jetzt ab der Widerspruch gegen die ‚Deutschen Christen‘ in Gefahr, als Widerspruch gegen die Staatsregierung verstanden zu werden.“ Demgegenüber berief er sich auf die ihm gegebene Erklärung vom April und hielt es für geboten, „innerhalb des theologischen Bereichs positiv und kritisch nach wie vor so vorzugehen, als ob es daselbst keine von der Staatsregierung bevorzugte und gewünschte theologische Richtung gebe“.

Barth wollte sich also dezidiert als „Mann der Kirche“ bewähren, sich ganz und gar auf die Theologie konzentrieren und nicht Politik treiben. Es versteht sich aber, dass sich eine derartige Konzentration, die sich um der eigenen Sache willen jedweder Gleichschaltung entzog und widersetzte, im Kontext des Jahres 1933 ganz von selbst auf indirekte Weise politisch auswirkte. Das zeigte sich besonders klar in Barths Schrift „Theologische Existenz heute!“, die am 1. Juli 1933 erschien und bis zu ihrer Beschlagnahme im Juli 1934 eine Gesamtauflage von 37.000 Exemplaren erreichte. Barth war von verschiedenen Seiten bedrängt worden, ein „Wort zur Lage“ zu sprechen. Er jedoch wollte „zur Sache“ reden und tat es in der genannten Schrift. An ihrem Beginn bemerkte er, „das Entscheidende“, was er zu sagen habe, bestünde „sehr unaktuell und ungreifbar einfach darin [...], daß ich mich bemühe, hier in Bonn mit meinen Studenten in Vorlesungen und Übungen nach wie vor und als wäre nichts geschehen – vielleicht in leise erhöhtem Ton, aber ohne direkte Bezugnahmen – Theologie und nur Theologie zu treiben“. Es lohnt sich, den beiden Wendungen „als wäre nichts geschehen“ sowie „Theologie und nur Theologie zu treiben“ näher nachzugehen.

¹⁰ So in einem Brief an Fritz Lieb vom 10.4.1933.

¹¹ So in einem Brief an Georg Merz vom 21.4.1933.

Der Halbsatz „als wäre nichts geschehen“ war alles andere als unpolitisch, sondern ein Gegen-Satz zu der Flut kirchlicher Erklärungen aus dem Frühjahr 1933, die die politischen Veränderungen freudig begrüßten.¹² Barth bezeichnete das als „sehr befremdlich“ und kritisierte, damit sei sich die Kirche „wieder einmal untreu“ geworden, indem sie „nicht bei ihrem Thema blieb“. Bei dem Halbsatz „als wäre nichts geschehen“ handelte es sich also um einen scharfen Widerspruch dazu, dass Theologen ganz untheologisch „zur Lage“ redeten, sich dabei von dieser „Lage“ die Sicht auf die eigene Sache vernebeln ließen und diese so verrieten, wobei sie sich zudem noch über die „Lage“ täuschten.

Die negative Wendung „als wäre nichts geschehen“ ging einher mit der positiven Aussage, „Theologie und nur Theologie zu treiben“. Die Konzentration auf das theologische Arbeiten hatte Barth schon in vorangegangenen brieflichen Äußerungen angedeutet, in denen er sich dankbar zeigte, „Theologe zu sein und mit politisch so wertbeständigen Dingen zu tun zu haben“. In einem Brief vom 24. Mai an den befreundeten Philosophen Heinrich Scholz stellte er fest: „Ach, wie lernt man heute die Menschen kennen, auch und gerade auf Deutschlands Universitäten! Und wie schön ist man nun erst recht genötigt, sich auf das Wesentliche zu besinnen und zu konzentrieren! Und wie automatisch angehalten, den Rücken nun erst recht steif zu halten!“

Was es in der Situation von 1933 hieß, „Theologie und nur Theologie zu treiben“, wurde von Barth in seiner Schrift gleich auf den ersten Seiten in großer Klarheit und auch in rhetorischer Prägnanz entfaltet. Fünfmal begann er mit der Wendung: „In der Kirche ist man sich einig darüber, daß“ und stellte jeweils Aspekte des „in den heiligen Schriften Alten und Neuen Testaments“ bezeugten Wortes Gottes als des allein Bindenden und Verbindlichen heraus und schloss diesen Abschnitt mit dem Fazit: „Darüber ist man sich in der Kirche einig oder man ist nicht in der Kirche.“ Danach benannte er zweimal, worüber „wir als Prediger und Lehrer der Kirche“ einig sind, nämlich diesem Wort Gottes zu dienen und daneben „kein Zweites [zu] kennen, sondern alles Zweite und Dritte, das uns auch bewegen mag und muß, in diesem Ersten eingeschlossen und aufgehoben, von ihm her gerichtet und gesegnet [zu] sehen“. Auch hier zog er das Fazit: „Darüber sind wir uns einig oder wir sind nicht Prediger und Lehrer der Kirche.“ Demgegenüber kennzeichnete er in fünf Dass-Sätzen als „die kräftige, in allen möglichen Gestalten auftretende Versuchung dieser Zeit“, die alleinige Bindung an das Wort Gottes und das alleinige Vertrauen auf es aufzugeben und sich „unter dem stürmischen Eindruck gewisser ‚Mächte, Fürstentümer und Gewalten‘“¹³ von „der Macht anderer Ansprüche“ imponieren oder auch einschüchtern zu lassen. Indem Barth von solcher Grundlegung aus „Theologie und nur Theologie“ trieb, immunisierte er gegen die Ansprüche des totalen Staates und wirkte so politisch. Dagegen warf er dem Pfarrernotbund in einem Brief an Pfarrer Gerhard Jacobi vom 23. Dezember 1933 „Kirchenpolitik in einem üblen Sinn des Begriffs“ vor: „Es wird da immer wieder geschickt nach dem Wohlwollen der Nazis; man will ‚kirchlich handeln‘ – aber man will sich dabei doch immer wieder ein Feigenblatt mit einem Hakenkreuz darauf verschaffen, statt mitten hindurch zu gehen und sich um Kompromittierung und Empfehlung in den Augen von Staat und Partei einen Deubel zu kümmern!“

¹² In der Neuausgabe der „Theologischen Existenz heute!“ hat Hinrich Stoevesandt diese Erklärungen aufgezählt; vgl. Barth, Karl: Theologische Existenz heute! (1933), neu hg. u. eingeleitet v. Hinrich Stoevesandt, München 1984, S. 101, Anm. 26, und S. 103, Anm. 28.

¹³ Vgl. die zweite Strophe des Liedes „Jesus Christus herrscht als König“; Evangelisches Gesangbuch Nr. 123.

Dass Barth bereit war, praktisch-politische Konsequenzen aus seiner theologischen Konzentration zu ziehen, sei für das Jahr 1933 an drei Beispielen aufgezeigt. Kurz vor dem 1. Mai waren ihm „böse Dinge“ angedroht worden, „wenn unser Haus morgen nicht beflaggt sei“. Er weigerte sich und brachte aus den folgenden Semesterferien eine Schweizerfahne mit, „zwei Meter lang und breit und wohl geeignet, in der Siebengebirgstraße alle Hakenkreuze zu überstrahlen.“

Eine aggressive Aufforderung, der NS-Volkswohlfahrt beizutreten, wies Barth mit Schreiben vom 20. Oktober brüsk zurück, da es sich bei der NSV um die „Veranstaltung einer politischen Partei“ handele, „der ich nicht angehöre“. Er teilte mit, eine Spende von 50 Reichsmark überwiesen zu haben, da er bereit sei, „auch dem von der N.S. Volkswohlfahrt zu erreichenden Teil des deutschen Volkes zu helfen“.

In den ersten Wochen des Wintersemesters wollten nationalsozialistische Studenten mehrfach den „deutschen Gruß“ in Barths Vorlesung einführen, was er jeweils zu verhindern wusste. Am 14. Dezember befahl es ihm der Rektor. Barth teilte ihm am selben Tag schriftlich mit, „daß ich nicht in der Lage bin, den mir erteilten Befehl, betr. die Eröffnung meiner Vorlesung mit dem ‚deutschen Gruß‘, auszuführen“, und kündigte eine Beschwerde beim Kultusminister an, die er zwei Tage später schrieb. In ihr bezeichnete er den „deutschen Gruß“ als eine „Symbolhandlung der Anerkennung des Totalitätsanspruchs der Volkseinheit im Sinne des nationalsozialistischen Staats“. In der Theologie gehe es aber „um die Verkündigung des Evangeliums. Auf diese Sache kann sich der Totalitätsanspruch der Volkseinheit nicht beziehen, sondern in ihr findet er seine sinngemäße Grenze, weil er hier auf einen andern, überlegenen Totalitätsanspruch stößt.“ Barth erklärte sein Verhalten jedoch nicht als für andere verbindlich. Seinem Sohn Markus, der kurz vor dem Abitur stand, riet er in einem Brief vom 11. September aus der Schweiz nach Bonn: „Hebe du zunächst deine Flosse zu dem bewußten Gruß!“¹⁴

Nach Kriegsende: Keine Rückkehr von Barth und Schmidt nach Bonn

Die Bonner Evangelisch-Theologische Fakultät war durch Entlassungen, Versetzungen und Neuberufungen bis zur Jahreswende 1935/36 restlos „braun“ geworden. Alle Professoren waren Parteimitglieder – bis auf eine Ausnahme, den Neutestamentler Ethelbert Stauffer, der anstelle Karl Ludwig Schmidts berufen worden war. Stauffer lag als „Deutscher Christ“ aber dennoch „auf Linie“. Als nach Kriegsende das Universitätsleben wieder aufgebaut werden sollte, wurde er für die Evangelisch-Theologische Fakultät als erster Dekan beauftragt. Er war nicht nur der einzige Nicht-Parteigenosse, sondern hatte im Januar 1943 eine Absetzbewegung gemacht, indem er einen öffentlichen Vortrag über „Augustus und Cleopatra“ mit Anspielungen auf die eigene Zeitgeschichte hielt. Das brachte ihm die – folgenlos gebliebene – Aufhebung der Uk-Stellung, ein Vortragsverbot und einen Verweis ein. In 1945/46 geschriebenen Lebensläufen stilisierte er sich daraufhin als Widerständler und Opfer.¹⁵ Stauffers Part-

¹⁴ Ein wahrgenommenes, aber offen gebliebenes Problem bildete für Barth „die Judenfrage“, die er im Unterschied zur Frage der „natürlichen Theologie“ nicht für ein theologisches Kernproblem hielt. Darauf kann hier aus Raumgründen nicht eingegangen werden. Zu diesem Punkt wäre auch über Schmidt zu handeln. Trotz Befangenheit in traditionellen Denkmustern erwies er sich als offen für das Judentum als ein der christlichen Theologie gestelltes Problem und zeigte als Publizist konkrete Solidarität.

¹⁵ Faulenbach, Heiner: Die Evangelisch-Theologische Fakultät Bonn. Sechs Jahrzehnte aus ihrer Geschichte nach 1945, Bonn 2009, S. 482–519.

ner für den Wiederaufbau der Fakultät auf Seiten der Rheinischen Kirche war Generalsuperintendent Stoltenhoff, der am 1. Mai 1933 in einem Rundbrief an die rheinischen Pfarrer „die Abwehr der ‚bolschewistischen Gefahr‘“ begrüßt und dazu ermuntert hatte, den „nationalen Umbruch“ „von Herzen“ zu bejahen und Kontakte zu den Deutschen Christen zu aufzunehmen.¹⁶ Karl Ludwig Schmidt hatte er noch während dessen Urlaubssemester eiskalt fallen lassen. Das waren nicht gerade gute Voraussetzungen für eine Restitution von Karl Barth und Karl Ludwig Schmidt in Bonn.

Als Barth im Sommer 1945 während einer Deutschlandreise auch Bonn besuchte, „bat ihn niemand, an die alte Wirkungsstätte zurückzukehren“. Bemühungen um eine Rückkehr gingen später von Männern der Bekennenden Kirche aus. Sie wurde Barth auch ermöglicht. Er beließ es aber bei zwei Gastsemestern im Sommer 1946 und 1947 und entschied sich um der Weiterarbeit an der „Kirchlichen Dogmatik“ willen für ein Verbleiben in Basel.¹⁷

Karl Ludwig Schmidt, der gerne nach Bonn zurückgekehrt wäre, sah sich der eigenartigen Situation gegenüber, dass ausgerechnet derjenige, der seine Stelle eingenommen hatte und sie weiter besetzt hielt, als Dekan vorgab, seine Restitution zu betreiben. Faktisch hintertrieb Stauffer jedoch in Zusammenarbeit mit dem Universitätsrektor Konen, einem „alten Zentrumsmann“, die Wiederherstellung des Rechtszustandes vor 1933, die sein eigenes Abtreten hätte bedeuten müssen. „Als Schmidt Anfang 1947 zu der Meinung kam, dass sich unter dem Einfluss der CDU die Reaktion in Deutschland durchsetzte und Steigbügelhalter wie Nutznießer des Nationalsozialismus im Amt blieben, was für ihn mit Stauffer beispielhaft belegt war, empfand er so große Enttäuschung, dass er weder in Bonn noch sonst in Deutschland einen Lehrstuhl annehmen wollte.“¹⁸ So blieb auch er in Basel.

Gegenüber dem bis weit in die „Bekennende Kirche“ hinein reichenden Chor derjenigen, die „Deutschlands Erwachen“ 1933 „mit einem freudigen Ja“ begrüßten, waren Karl Barth und Karl Ludwig Schmidt mit ihren Reaktionen und Aktionen in diesem denkwürdigen Jahr zwei gewiss unterschiedlich leuchtende, aber doch in gleicher Weise höchst respektable Gestalten, die es wert sind, erinnert zu werden.

Literatur

Mühling, Andreas: Karl Ludwig Schmidt. „Und Wissenschaft ist Leben“, Berlin und New York 1997.

Busch, Eberhard: Karl Barths Lebenslauf. Nach seinen Briefen und autobiographischen Texten, München 1975.

¹⁶ Busch, Eberhard (Hg.): Karl Barth. Briefe des Jahres 1933, Zürich 2004, S. 208.

¹⁷ Faulenbach, Heiner: Die Evangelisch-Theologische Fakultät Bonn. Sechs Jahrzehnte aus ihrer Geschichte nach 1945, Bonn 2009, S. 90-97.

¹⁸ Faulenbach, Heiner: Die Evangelisch-Theologische Fakultät Bonn. Sechs Jahrzehnte aus ihrer Geschichte nach 1945, Bonn 2009, S. 78–82, das Zitat auf S. 82.

Kinzig, Wolfram: Wort Gottes in Trümmern. Karl Barth und die Evangelisch-Theologische Fakultät vor und nach dem Krieg, in: Becker, Thomas (Hg.): Zwischen Diktatur und Neubeginn. Die Universität Bonn im „Dritten Reich“ und in der Nachkriegszeit, Göttingen 2008, S. 23–57.

Vielhauer, Philipp: Karl Ludwig Schmidt. 1891–1956, in: Bonner Gelehrte. Beiträge zur Geschichte der Wissenschaft in Bonn. Evangelische Theologie, Bonn 1968, S. 190–214.

Hinweise zu den Quellen

Die Quellenlage zu Karl Barth ist ungleich günstiger als die zu Karl Ludwig Schmidt. Ein wichtiger Teil von Barths Korrespondenz liegt innerhalb der Karl-Barth-Gesamtausgabe vor. Sein umfangreicher Nachlass befindet sich in dem nach ihm benannten Archiv in Basel. Desse-
sen Leiter, Dr. Hans-Anton Drewes, danke ich herzlich für mitdenkende Hilfe bei der Bereitstellung von Kopien noch unveröffentlichter Briefe. Einschlägiges Aktenmaterial zu Schmidt habe ich im Universitätsarchiv Bonn eingesehen.